



Ausgabe 01/2013

23. Januar 2013

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

GdP und ver.di demonstrieren vor dem Finanzministerium für eine Gehaltserhöhung und deutlich erhöhte Zulagen

Mehr als 300 Beamtinnen und Beamte folgten heute dem Aufruf der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) zu einer Beamtenaktion vor dem Bayerischen Finanzministerium, bei der sie ihren Forderungen in der diesjährigen Besoldungsrunde lautstark Gehör verschafften. Allen voran forderten die anwesen-

Stv. LV Peter Schall bei seiner Ansprache, zusammen mit Heiner Birner (links im Bild), ver.di, der die Veranstaltung moderierte

in den vergangenen Jahren, wenn überhaupt, lediglich der Abschluss der Tarifrunden übertragen wurde. Diesmal wollten die Bayerischen Beamtinnen und Beamten daher ihrem Finanzminister Dr. Markus Söder bereits vor dem ersten Verhandlungstermin in der Tarif-



runde 2013 am 31. Januar 2013 zeigen, dass sie zu kämpfen bereit sind. Neben einer musikalischen Darbietung durch den Bayerischen Barden Sepp Raith betonte der stv. Landesvorsitzende der



Die Kolleginnen und Kollegen der GdP folgten dem Aufruf zur Beamtenaktion entschlossen und motiviert

den Beamten aus Verwaltung, Polizei und Feuerwehr eine deutliche **Gehaltserhöhung um 6,5%**. Darüber hinaus sollen u.a. die **Ballungsraumzulage auf monatlich 120 Euro angehoben**, die **Zulage für besondere Berufsgruppen um 25 Euro monatlich erhöht** und die **Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten auf 5 Euro pro Stunde angehoben** werden.

Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen sind massiv verärgert darüber, dass ihnen

V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern
Satz und Layout: Markus Wimmer
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de
Telefon: 089/578388-50
Telefax: 089/578388-9050



Unter den Teilnehmern waren u.a. Herbert Kern, GdP-Vors. Mittelfranken, Birgit Ligotzky, Landesjugendvors., GdP-Ehrenvors., MdL Harald Schneider und MDiR Wilhelm Hüllmantel, der sich die Forderungen der Demonstranten anhörte; links im Bild: GdP und ver.di kämpfen wieder einmal solidarisch für einen ordentlichen Tarif- und Besoldungsabschluss



www.gdpbayern.de

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern
Hansastraße 17, 80686 München



GdP und ver.di demonstrieren vor dem Finanzministerium für eine Gehaltserhöhung und deutlich erhöhte Zulagen

Gewerkschaft der Polizei, Peter Schall, in seiner kämpferischen Rede, dass Polizei und Feuerwehr gemeinsam für die Sicherheit in der Großstadt München sorgen und sich dafür immer häufiger Anfeindungen durch die Bürgerinnen und Bürger ausgesetzt sehen. „Wir fordern mit aller Vehemenz ein deutliches Plus für unsere Kolleginnen und Kollegen. Wir kämpfen solidarisch mit unseren Tarifbeschäftigten für dieses Ziel, nach dem Motto `Sicherheit ist Mehrwert`.“ Daneben verwies er auch auf den hohen Mietanstieg im Raum München, die hohen Energiekosten und die Inflation von 2% jährlich, die eine ordentliche Gehaltserhöhung lebensnotwendig machen.

Für die Gewerkschaft ver.di sprach dann der stv. Landesvorsitzende Norbert Flach zu den Versammelten. Flach betonte: „Ein guter effizienter öffentlicher Dienst braucht motivierte und leistungsbereite Beschäftigte. Wer gute Leistungen erbringt, muss auch gut bezahlt werden.“

Die Beamtinnen und Beamten gaben dem Finanzminister Dr. Söder jedenfalls zum Abschluss noch einmal unmissverständlich zum Verstehen, dass sie bereit sind wiederzukommen.



Gruppenfoto der teilnehmenden und angereisten Kolleginnen und Kollegen der GdP vor der Münchner Feldherrnhalle

Norbert Schwab neuer Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Nürnberg

Ein neuer Kreisgruppenvorsitzender musste bei der Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Nürnberg am 10.01.2013 gewählt werden. Der bisherige Vorsitzende, Sepp Mehringer, war dienstlich nach Würzburg gewechselt und stand für dieses Amt daher nicht mehr zur Verfügung. Nach einem Rückblick auf die letzten Jahre, wo herauszuheben war, dass u.a. eine erfolgreiche GdP-Demo zur positiven Entscheidung der Staatsregierung zum Neubau der PI Nürnberg-Süd führte, wurden die Wahlen der neuen Vorstandschaft durchgeführt. Zum neuen Vorsitzenden der größten Kreisgruppe Mittelfrankens wurde **Norbert Schwab** gewählt. Erster Stellvertreter ist Klaus Pfitzner, weitere Stellvertreter Peter Bartl, Nadine Büttner und Thomas Pröbster. Erfreulicherweise konnten wieder viele langjährige Mitglieder für 10, 20 und 30jährige Mitgliedschaft geehrt werden. Besondere Ehrungen gab es für 40, 50 und sogar 55jährige Mitgliedschaften. Für 55 Jahre konnten Reiner Gmehling und Engelbert Czech geehrt werden und

erhielten aus den Händen vom **Bezirksvorsitzenden Herbert Kern** die Ehrenurkunden des Landesbezirks und Gutscheine. 50 Jahre Mitglied der GdP ist



Polizeipräsident Mittelfranken, Johann Rast u. Kreisvorsitzender Norbert Schwab

Josef Lang und für 40 Jahre Treue zur GdP wurden Otto Billenstein, Dieter Hölzel, Alfred Kühnl, Rudolf Link, Karl Mederer und Heinrich Thanner u.a. mit der goldenen Ehrennadel der GdP geehrt. Danach beklagte Klaus Pfitzner, bayernweit anerkannter Tarifexperte der KG Nürnberg, den großen Stellenabbau im Tarifbereich, was zur Folge habe, dass

immer mehr Vollzugsbeamte deren Verwaltungsarbeiten übernehmen müssen. Auch können Stellen im Ingenieurbereich nicht besetzt werden, weil in der freien Wirtschaft besser bezahlt werde und Fachkräfte massiv abgeworben werden. Die Probleme mit der Aufarbeitung der NSU-Mordserie und die Feststellung, dass es zu den Pannen nicht durch die gute Arbeit der BAO Bosphorus kam, waren dann Themen vom mittelfränkischen **Polizeipräsidenten Johann Rast**, welcher vom neuen Vorsitzenden Norbert Schwab als Gast und Referent begrüßt werden konnte. Weitere Punkte seiner Rede waren die Probleme im Ermittlungsbereich wegen der ausstehenden Regelung der Vorratsdatenspeicherung wie auch die geringe Berücksichtigung Mittelfrankens bei der Verteilung der 1000 zusätzlichen Stellen. Auch der Bericht zur Evaluierung der Polizeireform wurde aus Sicht des PP Mittelfrankens angesprochen.



Profi-Europa-Titel für PM Vecchio

Ende 2012 fand im „Circus Krone“ in München wieder die aus dem TV bekannte „Steko´s-Fight-Night“, statt. Diese Veranstaltung verdankt ihren Ruhm u.a. der Kickboxweltmeisterin „Dr. Christine Theiss“, welche durch regelmäßige Fernsehauftritte schon über einen beachtlichen Bekanntheitsgrad verfügt.

Zum wiederholten Male kämpfte GdP-Mitglied Pietro Vecchio im Rahmen des Programms um einen Profi-Titel. Diesmal handelte es sich um den Profi-Europa-Titel im Vollkontakt bis 79 kg des ISKA Verbandes (International Sport Kickboxing Association). Im Rahmen der Hauptkämpfe hatte es PM Vecchio, Angehöriger der PI ED3, mit dem starken Spanier „Ruben Garcia“ zu tun. Garcia ist ebenfalls wie Vecchio Landesmeister, 22 Jahre alt, jedoch knapp 15cm größer und sehr stark mit den Beinen.

Vecchio, der wie gewohnt im Vorwärtsgang marschiert, übte Druck auf seinen starken Gegner aus, dieser konnte

allerdings trotz ständiger Rückwärtsbewegung harte Treffer, vor allem mit seinen Beinen, erzielen. Beide Kämpfer schenkten sich nichts, über die gesamte Distanz von 5x3 Minuten agierten die Kontrahenten in einem sehr hohen Tempo und Schlagfrequenz. Der routinierte Polizeimeister ließ nie locker und konnte somit durch seinen überlegenen Boxstil den Spanier über die Runden, besiegen.

Zwei Wochen nach der Veranstaltung wurde die letzte Runde des Kampfes „Vecchio gegen Garcia“ auf dem TV-Sender Sport 1, übertragen. Somit hat Vecchio im Profi Bereich seinen bisher wichtigsten Sieg erzielen können. Riesig freut er sich schon auf seinen kommenden Kampf, der voraussichtlich im März 2013 in München stattfinden wird. Ein Dankeschön geht an alle Kollegen, die mal wieder so zahlreich auf der Veranstaltung erschienen sind, um gemeinsam Vecchio zu unterstützen und um den gemeinsamen Sieg zu feiern.



GdP-Mitglied Pietro Vecchio präsentiert seinen EM-Titel

Neue Drogenschnelltestgeräte für die Bayerische Polizei

Quelle: Bayerisches Staatsministerium des Innern, PM vom 18.01.2013

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat heute in München neue elektronische Drogenschnelltestgeräte für die Bayerische Polizei vorgestellt. „Mit unseren modernen Drogentestgeräten können wir Drogenkonsum im Straßenverkehr noch besser erkennen“, erklärte Herrmann und warnte: „Fahren unter Drogeneinfluss ist lebensgefährlich.“ Deshalb kündigte der Innenminister verstärkte Kontrollen an. Er habe das Thema ‚Drogen im Straßenverkehr‘ auch in das neue Bayerische Verkehrssicherheitsprogramm 2020 ‚Bayern mobil – sicher ans Ziel‘ aufgenommen. Ziel des Programms ist, in den nächsten acht Jahren die Unfallzahlen weiter zu reduzieren und insbesondere die Zahl der Verkehrstoten um 30 Prozent zu senken. Nachdem gerade im Grenzraum zu Tschechien der Drogenschmuggel vor allem mit Crystal massiv angestiegen ist, werde das neue Drogentestgerät auch verstärkt von bayerischen Schleierfahndern eingesetzt, so Herrmann weiter. „Damit steht unserer Bayerischen Polizei ein wirkungsvolles Instrument zum Erkennen von Drogenkonsum im Straßenverkehr und Straftätern aus dem Betäubungsmittelmilieu zur Verfügung.“

In den zurückliegenden Jahren wurden in Bayern bei Unfällen unter Drogeneinfluss jährlich durchschnittlich 200 Personen verletzt. Dazu kamen etwa acht Verkehrstote pro Jahr, die bei drogenbedingten Unfällen ihr Leben lassen mussten. „Für 2012 erwarten wir mit mindestens zehn Getöteten eine Verdopplung der Fälle im Vergleich zum Vorjahr“, sagte Herrmann zur aktuellen Entwicklung. Er verwies darauf, dass die Bayerische Polizei den Verfolgungsdruck gegen Fahrten unter Drogeneinfluss bereits in den letzten Jahren deutlich erhöht habe. Aktuell werden in Bayern jährlich rund 7.000 Verdachtsfälle zur Anzeige gebracht. Ein Drittel davon betreffen Straftaten, zwei Drittel sind Verkehrsordnungswidrigkeiten.

Das Polizeipräsidium Niederbayern hat die elektronischen Drogenschnelltests ‚Dräger DrugTest 5000‘ bereits zwei Jahre lang intensiv erprobt. „Nachdem der Drogentester entwickelt wurde, statten wir seit Jahresbeginn die Bayerische Polizei mit insgesamt 28 Geräten aus“, erläuterte Herrmann. Zug um Zug sollen weitere elektronische Drogentester zur verbesserten Drogenerkennung beschafft werden.

Das Gerät stellt anhand einer einfachen Speichelprobe alle gängigen Drogenarten innerhalb weniger Minuten fest. Dazu gehören beispielsweise Kokain, Heroin, Cannabis und Amphetamine wie Crystal. Zudem werden bestimmte Wirkstoffe von Medikamenten erkannt, die die Fahrtüchtigkeit beeinträchtigen. Dazu gehören zum Beispiel Benzodiazepine in Psychopharmaka. Wesentliche Vorteile des elektronischen Drogentesters gegenüber den nach wie vor eingesetzten Urintests sind die einfachere Probenahme und der optimierte Nachweis der konsumierten Substanzen. Kann der Drogeneinfluss beim Fahrzeugführer nachgewiesen werden und zeigt er Ausfallerscheinungen, hat dies den Entzug der Fahrerlaubnis zur Folge. Ansonsten droht ein Fahrverbot von einem Monat. Hinzu kommen ein Bußgeld in der Regel von 500 Euro und der Eintrag von vier Punkten im Verkehrszentralregister in Flensburg. Zudem kann die Fahrerlaubnis entzogen werden, wenn sich der Fahrer als ungeeignet zum Führen von Fahrzeugen erweist. Dies kann neben Drogenverstößen im Straßenverkehr auch dann der Fall sein, wenn der Fahrer zum Beispiel drogenabhängig ist.



GdP-Spitze in neuer Zusammensetzung

Nach dem Ausscheiden zweier Mitglieder aus ihren Ämtern setzt sich der geschäftsführende Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) neu zusammen. Für den zum Polizeipräsidenten in Hagen ernannten Frank Richter wählte das höchste Gremium der Organisation zwischen den Bundeskongressen, der Gewerkschaftsbeirat, auf seiner Sitzung am Donnerstag, 10. Januar 2013,

in Potsdam den 49-jährigen Schleswig-Holsteiner Oliver Malchow zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden.

Oliver Malchow, Kriminaloberrat aus Ostholstein, ist seit November 2010 Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes. Der Leiter der Kriminalpolizei-Eutin ist seit Mai 1985 Mitglied der Gewerkschaft der Polizei. Seit 1997 führt Malchow zudem den Vorsitz des



Der neue Geschäftsführende GdP-Bundesvorstand: (v.l.) Andreas Schuster, Elke Gündner-Ede, Jörg Bruchmüller, Rüdiger Seidenspinner, Kerstin Philipp, Oliver Malchow, Bernhard Witthaut, Jörg Radek, Arnold Plickert. Foto: Holecek

GdP-Landesbezirks Schleswig-Holstein. Ebenfalls zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurde Arnold Plickert (55) gewählt. Plickert führt seit November 2012 den Vorsitz des GdP-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen. Auf Bundesebene tritt der gebürtige Wanne-Eickeler erstmalig

ein Amt an, war jedoch bereits als Mitglied des GdP-Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei sowie des Forums der GdP-Haupt- und Gesamtpersonalräte tätig. Plickerts Vorgänger auf Bundesebene, Hugo Müller, wurde Ende 2011 zum Vizepräsidenten des Landespolizeipräsidiums Saarland berufen und hatte seine Ämter innerhalb der GdP niedergelegt.

Jörg Bruchmüller (53), Erster Polizeihauptkommissar aus Wehretal in Hessen, ist neuer Bundesschriftführer im Geschäftsführenden Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Bruchmüller ist seit Dezember 1985 Mitglied der Gewerkschaft der Polizei und führt seit 2004 als Vorsitzender den GdP-Landesbezirk Hessen. Neues Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand ist Rüdiger Seidenspinner (52), Polizeihauptkommissar aus March-Neuershausen in Baden-Württemberg. Der Badener wird das Amt des stellvertretenden Bundeskassierers übernehmen. Seidenspinner führt seit April 2009 den Vorsitz des GdP-Landesbezirks Baden-Württemberg und ist ebenso lange Mitglied des GdP-Bundesvorstands.

GdP-Chef Witthaut: Deutschland braucht eine Bundesfinanzpolizei

„Deutschland braucht im wirksamen Kampf gegen Finanz- und Wirtschaftskriminalität, Schmuggel, Betrug und Geldwäsche dringend eine effektiv aufgestellte Bundesfinanzpolizei“, erklärt Bernhard Witthaut, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Mit geschickt angelegten Umsatzsteuerkarussellen, mit Waffen-, Kriegswaffen-, Rauschgift- und Zigarettenschmuggel, mit Subventionsbetrug, kriminellen Außenhandel, Schwarzarbeit, illegaler Beschäftigung und Steuerhinterziehung würden auch in Deutschland jährlich Milliarden illegal verdient, die durch intelligent verzweigte Geldwäscheaktivitäten wieder dem legalen Markt zugeführt würden und diesen empfindlich stören, kritisiert die Gewerkschaft der Polizei (GdP). Witthaut: „Am Ende sind die redlichen Bürgerinnen und Bürger als Steuerzahler und Unternehmer Opfer dieser illegalen Kapitalakkumulation.“

Seit Jahresbeginn ist die längst überfällige Debatte über die Schaffung einer Bundesfinanzpolizei und mehr Steuergerechtigkeit wieder angefacht. Witthaut: „Wer Steuergerechtigkeit sowie stabile und seriöse Wettbewerbsverhältnisse in Europa und einen starken Euro haben will, muss auch massiv gegen diese kriminellen Sozialschmarotzer vorgehen. Der große Griff in die schmale Kasse der Allgemeinheit ist kein Kavaliersdelikt.“ Deshalb gehörten die, die sich im großen Stil in nahezu verbrecherischer Weise unsozial am Allgemeinwohl auf Kosten der ehrlichen Menschen bereichern, indem sie enorme illegale Vermögen zu ihren Gunsten beiseite schaffen, wirksam verfolgt, so Witthaut weiter.

Eine Bundesfinanzpolizei sei schnell, unbürokratisch und weitestgehend kostenneutral zu realisieren, indem man die bestehenden Kontroll-, Fahndungs- und

Ermittlungsdienste des Zolls, die schon heute Teile dieser Aufgaben wahrnehmen, zu einer schlanken und schlagkräftig aufgestellten Bundesfinanzpolizei umgewandelt. So könnte zum Beispiel das Zollkriminalamt als Zentralstelle der Bundesfinanzpolizei die Steuerfahndungen der Länder vor allem dort tatkräftig unterstützen, wo die Steuerkriminalität grenzüberschreitend wird oder weit in die Bereiche der Organisierten Kriminalität hineinragt. „Andere europäische Länder haben schon lange eine Finanzpolizei“, erläutert Witthaut, „doch ausgerechnet das zuständige Bundesministerium der Finanzen wehrt sich seit mehr als zehn Jahren mit großer Energie und fadenscheinigen Argumenten gegen die langjährige Forderung der Gewerkschaft der Polizei nach einer wirksamen Bundesfinanzpolizei.“



Witthaut: Aggressive Autofahrer können nur mit mehr Polizeikontrollen gebändigt werden

Nur eine verstärkte Präsenz der Polizei auf Deutschlands Straßen und eine Erhöhung der Kontrolldichte könne nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) dafür sorgen, dass die zunehmende Aggressivität im Straßenverkehr nicht weiter ausgelebt werde. GdP-Chef Bernhard Witthaut: „Je weniger Polizei im öffentlichen Raum und auf den Straßen sichtbar ist, umso geringer wird das Risiko, bei der Verletzung von Regeln erwischt zu werden.“

Der GdP-Vorsitzende weiter: „Das führt dazu, dass Regeln überhaupt nicht mehr beachtet und Gesetze übertreten werden. Die Leidtragenden sind wir alle.“ Die Gewerkschaft der Polizei begrüßt, dass sich der am Mittwoch in Goslar beginnende 51. Deutsche Verkehrsgerichtstag den „Aggressionen im Straßenverkehr“ als zentralem Thema widme.

Witthaut: „Höhere Strafen und schärfere Gesetze bringen nichts. Die Experten sind sich bereits jetzt einig: Wir haben kein

Gesetzesdefizit, sondern ein Vollzugsdefizit.“ Er plädierte an die Länder, kein Personal bei der Polizei mehr abzubauen, sondern es im Gegenteil zu verstärken. Auch die Automobilclubs, so Witthaut, machten sich für mehr Kontrollen stark. Die aggressiven Fahrer müssten angehalten und direkt mit ihrem Verhalten konfrontiert werden. Witthaut: „Wenn Verkehrsexperten ein Drittel der Unfälle mit Todesopfern auf aggressive Fahrweisen zurückführen, ist es Zeit, endlich zu handeln.“

Witthaut fordert spezielle Polizei-Ausbildung für den Umgang mit Senioren als Täter und Opfer

Die Polizei muss vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Deutschland besser auf den Umgang mit älteren Menschen bei der Kriminalitätsbekämpfung vorbereitet sein. Nach Einschätzung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) haben es Polizeibeamtinnen und -beamte bei Straftaten immer öfter mit Senioren zu tun. „Dabei werden über 60-Jährige sowohl als Opfer beispielsweise krimineller Betrüger vernommen oder nach einer Straftat als Tatverdächtige“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut.

„Diese Täter oder Opfer erscheinen nach Straftaten oft äußerst hilflos oder emotional stark angegriffen. Die Betroffenen müssen in diesen Ausnahmesituationen möglichst aufgefangen werden, auch um Hinweise für die Ermittlungen zu bekommen“, sagte Witthaut. Er gab zu bedenken, dass es in dieser Tätergruppe auch

eine durch Altersprozesse entstehende Schuldunfähigkeit geben könne. Der GdP-Chef weiter: „Wir fordern deshalb wie für den Umgang mit jungen Leuten eine spezielle Ausbildung der Kolleginnen und Kollegen, damit sie dieses Phänomen ebenfalls professionell bearbeiten können.“

Im Jahr 2011 wurden der jährlichen Statistik des Bundeskriminalamtes (BKA) zufolge bundesweit rund 152.500 tatverdächtige Männer und Frauen ab 60 Jahre registriert, in der 1993 erschienenen ersten gesamtdeutschen Kriminalstatistik nach dem Mauerfall waren es 103.000. „Das ist eine Steigerung von fast 50 Prozent“, betonte der Gewerkschaftsvorsitzende. Der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtzahl der jährlich ermittelten mehr als zwei Millionen Tatverdächtigen sei in den knapp zwei Jahrzehnten von 5,0 auf 7,2 Prozent ge-



stiegen, erklärte Witthaut. Gut zwei Drittel der Taten würden von Männern begangen.

Immer mehr Menschen ab 60 Jahre werden Witthaut zufolge auch als Opfer von Straftaten gemeldet. Laut BKA lag deren Zahl im Jahr 2002 noch bei rund 43.400, 2011 waren es fast 53.200.

„DIE GdP. EINE FÜR ALLE.“

Gewerkschaft der Polizei



WIR WÜNSCHEN UNSEREN
GdP-MITGLIEDERN VON



GdP Service GmbH

HERZEN TOLLE URLAUBSREISEN

Lasst uns Euren ganz persönlichen Sommer-Urlaubstraum planen – sonnige Reisen zu Euren Traumzielen, in faszinierende Städte und Wellnessoasen. GdP-Mitglieder und deren Angehörige erhalten außerdem einen **5 % Reisekostenzuschuss** bei Buchungen über unser Reisebüro „gdpservice-touristik“ auf:

- alle Pauschalreisen • Kreuzfahrten • Ferienwohnungen und Hotels mit Selbstanreise • Kultur- und Studienreisen • Reiseversicherungen
- Sonderangebote



www.gdpservicegmbh.de
Hotline: 089/57838824

